

Medienmitteilung

Kantonsfinanzen – Auftrag Markus Dietschi „Massnahmenplan zur Verbesserung der Kantonsfinanzen“

Frühes Handeln ist günstiger als spätes Reagieren

Die BDP Kanton Solothurn reagiert mit grossem Unverständnis auf die klare Ablehnung des Auftrags ihres Kantonsrats Markus Dietschi. Dieser Auftrag verlangt die Ausarbeitung eines Massnahmenplans, damit das operative Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit ab spätestens 2020 einen Einnahmenüberschuss ausweist. Die Kantonsfinanzen sind auch ohne die bevorstehende USR III und die Altlastensanierungen keinesfalls als solide zu bezeichnen.

In ihrer Antwort zum Auftrag von Markus Dietschi macht die Regierung klar, dass im jetzigen Moment kein Handlungsbedarf für die Ausarbeitung eines neuen Massnahmenplans bestehe. Als Gründe dazu nennt sie die höher zu erwartenden Ausschüttungen aus dem NFA, die Auswirkungen der Massnahmenpläne 2013 und 2014 sowie die anhaltende Budgetdisziplin bei den Globalbudgets.

Sie ignoriert dabei jedoch völlig, dass die Auswirkungen aus den beiden Massnahmenplänen 2013 und 2014 sowie eine zurückhaltende Budgetierung bereits im IAFP 2017 -2020 enthalten sind. Dieser weist für das Jahr 2020 immerhin einen Aufwandüberschuss von CHF 84.5 Mio. aus. Selbst wenn nun jährlich mit rund 48 Mio. Franken Mehrausschüttung aus dem NFA zu rechnen wäre, ist die Rechnung ab 2020 noch lange nicht ausgeglichen.

Die BDP Kanton Solothurn nimmt zumindest die momentanen Aussichten für das Jahr 2017 positiv zur Kenntnis. Im Jahr 2017 sind jedoch noch keine Auswirkungen der USR III enthalten und die Kosten der Stadtmistsanierung werden ebenfalls erst später zu Buche schlagen. Zudem ist auch in Zukunft mit weiteren grösseren Ausgabenposten zu rechnen, welche heute noch überhaupt nicht im Finanzplan abgebildet sind. So ist beispielsweise noch nicht klar, mit welchen Kosten bei der geplanten Sanierung der Kugelfänge bei Schiessanlagen zu rechnen ist.

Die Regierung hat an ihrer Präsentation der USR III die Finanzierung der Steuerausfälle bewusst dürtig beantwortet. Sie befürchtet, dass die Bevölkerung der notwendigen USR III nicht zustimmen würde, wenn die Auswirkungen dieser Reform transparent dargelegt werden. Diese Art und Weise von politischem Taktieren verurteilt die BDP Kanton Solothurn stark. Die BDP Kanton Solothurn stellt sich voll und ganz hinter die Vorschläge der Regierung zur Umsetzung der USR III. Sie ist jedoch der Meinung, dass die Bevölkerung möglichst rasch wissen sollte, welche Auswirkungen diese Reform auf die Allgemeinheit, insbesondere im Bereich der Kantonsfinanzen, haben wird.

Aus diesem Grund kämpft die BDP Kanton Solothurn weiterhin mit voller Kraft für eine ehrliche Finanzpolitik und somit für die Ausarbeitung eines neuen Massnahmenplans, auch wenn dies zurzeit einem Kampf gegen Windmühlen gleicht. Je früher gewisse Massnahmen ergriffen werden, desto kleinere Einschnitte sind nötig, um die Kantonsfinanzen längerfristig in den Griff zu bekommen. Immerhin ist der Kanton auch bei einer ausgeglichenen Rechnung immer noch mit rund CHF 6000.00 je Einwohner verschuldet.

Die BDP Kanton Solothurn erachtet zudem der heutige Zeitpunkt für die Ausarbeitung eines Massnahmenplans als optimal. Dies mit dem Wissen, dass die Ausarbeitung, Vernehmlassung, Beratung und Umsetzung mehrere Jahre dauern wird. Das Parlament und die Regierung haben es in der Hand, bereits heute die Weichen für gesunde Kantonsfinanzen zu stellen und nicht erst zu reagieren, wenn erneut eine Defizitbremse droht.

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn 079 673 93 78
8.11.2016